

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 42 (1995)
Heft: 7-8

Rubrik: BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Direktor Paul Thüring zu Fragen der Ausbildung

Ausbildung: Vorgaben sind klar zu beachten

BZS. Am Eidgenössischen Rapport vom 27./28. April 1995 mit den Chefs der für den Zivilschutz zuständigen Ämter der Kantone hat sich Paul Thüring, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, zu da und dort aufgetauchten Fragen zum Umfang und zur Notwendigkeit der Ausbildung im Zivilschutz geäußert. Er hat dabei Klartext gesprochen. Die Ausführungen sind für alle in der Ausbildung Tätigen und für die für die Ausbildung Verantwortlichen von grundsätzlicher Bedeutung. Deshalb seien hier die Ausführungen im Wortlaut wiedergegeben.

Seit dem 1. Januar 1995 erfolgt die schrittweise Umsetzung des neuen Zivilschutzes. Die rechtlichen, organisatorischen, materiellen sowie ausbildungsmässigen Voraussetzungen stehen hiezu weitgehend zur Verfügung. Offenbar bestehen divergierende Auffassungen hinsichtlich des Vollzugs der Ausbildung. Wir sind jedoch der Meinung, dass im Bereich der Ausbildung eine gesamtschweizerisch einheitliche Denk- und Vorgehensweise unerlässlich ist. Unterschiedliche Interpretationen der rechtlichen Vorgaben führen unweigerlich zu Diskussionen auf allen Stufen und bieten Angriffsflächen für Kritik.

Sinn und Zweck der bestehenden Ausbildungsdienste

- Der Einteilungsrapport bezweckt die Bekanntmachung mit dem Zivilschutz und eine zielgerichtete Einteilung der neuerfassten Schutzdienstpflichtigen.
- Die Einführungskurse, Kaderkurse und Weiterbildungskurse bezwecken die Ausbildung zu einer Funktion. Für diese Ausbildung legt der Bund mit den Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse verbindlich die verschiedenen Ausbildungsgänge, deren Dauer sowie die möglichen Abkürzungen fest. Es erlässt grundsätzlich für jeden einzelnen Ausbildungsgang die Ausbildungsunterlagen und schult das notwendige Instruktionspersonal. Die Ausbildung selbst erfolgt je nach Funktion gemäss den gesetzlichen Vorgaben auf den Stufen Bund, Kanton oder Gemeinde.
- Die Wiederholungskurse dienen im wesentlichen der Formationsschulung so-

wie der Schulung der Vorgesetzten in Führung und Stabsarbeit. Die Steuerung der Wiederholungskurse liegt in der Verantwortung der Kantone, das heisst sie setzen die Ziele und sorgen für deren Einhaltung, sie überwachen und begleiten die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung.

Mit den Bauten und dem Material zusammen dient die Ausbildung der Sicherstellung der Bereitschaft der Zivilschutzorganisationen für den Einsatz zur Katastrophen- und Nothilfe einerseits und für den Fall des Aufgebotes zum Aktivdienst andererseits.

Mit den Richtlinien über die Gliederungen und Sollbestände der Zivilschutzorganisationen als Folgeverordnung zum Zivilschutzgesetz (ZSG) und zur Zivilschutzverordnung (ZSV) hat das BZS in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Anzahl der benötigten Funktionen für die Leitungen und Formationen der verschiedenen Organisationsgrössen der ZSO festgelegt. Dabei wurde bewusst keine Differenzierung für den Einsatz zur Katastrophen- und Nothilfe oder für den Einsatz zum Aktivdienst vorgenommen. Die in den Richtlinien über die Gliederungen und Sollbestände der Zivilschutzorganisationen festgelegten Zahlen sind somit für beide Einsatzfälle ausgelegt. Von dieser Tatsache ausgehend, vertritt das BZS die Auffassung, dass alle Neupflichtigen den Einteilungsrapport zu absolvieren haben und alle zum Soll-

bestand einer Zivilschutzorganisation gehörenden Schutzdienstpflichtigen in die Grundausbildung einbezogen und auch zu Wiederholungskursen aufzubieten sind.

Jekami in der Ausbildung

Andere Auffassungen führen nun aber dazu, dass Schutzdienstpflichtige nach Absolvierung des Einteilungsrapports keine weitere Ausbildung mehr erhalten, oder dass sie nach Absolvierung der Grundausbildung nie zu einem Wiederholungskurs aufgebieten werden:

- Man verzichtet auf die Ausbildung der Schutzverantwortlichen ganz oder teilweise, mit der Begründung, im Katastrophen- und Nothilfefall würden die Schutzverantwortlichen nicht benötigt (die Schutzräume auch nicht?)
- Es werden nur die Rettungspioniere der mit dem Ergänzungssortiment ausgerüsteten Rettungszüge ausgebildet und zu Wiederholungskursen aufgebieten, mit der Begründung, dass nur derart ausgerüstete Rettungsformationen katastrophen- und nothilfetauglich seien. Die nichtausgebildeten Schutzdienstpflichtigen könnten zudem zur Unterstützung und zu weiteren Hilfsarbeiten jederzeit aufgebieten werden, da die Handhabung von Schaufel und Pickel nicht geübt werden müsse (System der 1000 Hände).
- Nur ein Teil des sanitätsdienstlichen



Die Zivilschutzgesetzgebung bezweckt ein gesamtschweizerisches einheitliches Vorgehen; dies gilt insbesondere für die Ausbildung auf allen Stufen.

Personals wird ausgebildet, mit der Begründung, die sanitätsdienstlichen Anlagen fänden in der Katastrophen- und Nothilfe auch nur zum Teil Verwendung. Somit könne die Ausbildung auf diejenigen Angehörigen des Sanitätsdienstes beschränkt werden, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in einer Katastrophenlage zum Einsatz gelangen könnten.

Hinsichtlich jener Schutzdienstpflichtigen, die heute nur eingeteilt, nicht aber ausgebildet werden, wird erklärt, dass deren Ausbildung jederzeit vor Ausbruch eines bewaffneten Konflikts nachgeholt werden könne, da heute mit einer Vorwarnzeit von mehreren Monaten, allenfalls bis zu einem halben Jahr oder gar länger, zu rechnen sei. Öfters auch wird der Verzicht auf Ausbildung – insbesondere der Verzicht auf die Durchführung von Wiederholungskursen – mit der prekären finanziellen Lage begründet.

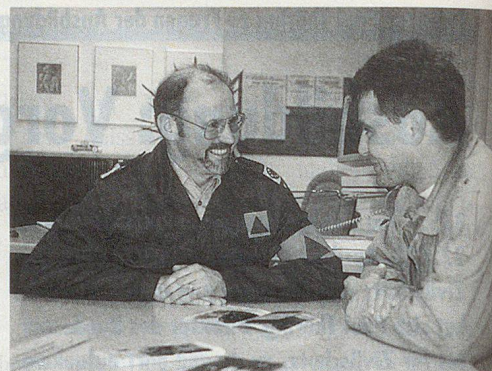
Gesetzliche Vorgaben sind unklar

Wir können diese Argumentationen nicht teilen. Vielmehr gilt es, die klaren gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Bezüglich der Einteilungsrapporte, der Einführungskurse sowie der Kurse für Vorgesetzte und Spezialisten hält das Zivilschutzgesetz in den Artikeln 33–35 klar fest, dass die Schutzdienstpflichtigen aufzubieten sind bzw. den Kurs zu bestehen haben bzw. auszubilden sind. Die Formulierung «... bestehen grundsätzlich einen Einführungskurs...» bedeutet, dass Ausnahmen gemacht werden können, wenn der Schutzdienstpflichtige geeignete Vorkenntnisse aus dem zivilen Leben oder aus dem

Militär mitbringt. In der Botschaft zur Revision der Zivilschutzgesetzgebung ist dies klar festgehalten. Die erwähnten Ausnahmen haben wir als abgekürzte Ausbildungsgänge in unseren Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse (WZSK) aufgeführt.

Bei den Wiederholungskursen – Art. 36 ZSG – wird die Formulierung «... können jedes Jahr zu Wiederholungskursen von zwei Tagen aufgeboden werden» verwendet. Zudem sagt Artikel 39 ZSG aus, dass der Kanton die Ziele der Wiederholungskurse festlegt und deren Vorbereitung und Durchführung steuert. Mit dem Wort *können* ist aber überhaupt nicht gemeint, dass es freiwillig sei, die Schutzdienstpflichtigen zu Wiederholungskursen aufzubieten. Im Gegenteil. Laut Botschaft zur Revision des Zivilschutzgesetzes erfolgt in Wiederholungskursen insbesondere die Ausbildung der Leitungen und Formationen, also die Formationsschulung. Mit der Kann-Formulierung will der Gesetzgeber den Kantonen eine grösstmögliche Flexibilität bei der obgenannten Steuerung der Wiederholungskurse ermöglichen. Das heisst unter anderem, dass nicht jeder Schutzdienstpflichtige jedes Jahr für zwei Tage aufgeboden werden muss, sondern, dass Dienstleistungen mehrerer Jahre zusammengelegt, oder dass auch nur stundenweise Rapporte durchgeführt werden können.

Das grundsätzliche Nicht-Aufbieten von ganzen Kategorien von Schutzdienstpflichtigen zur Grundausbildung und zu Wiederholungskursen während der ganzen Dauer ihrer Schutzdienstpflicht widerspricht somit dem Sinn und Geist der Zivilschutzgesetzgebung und dem Inhalt der von uns



Die Schutzdienstpflichtigen sind nach den Vorschriften des Bundes und der Kantone in Ausbildungsdiensten (Einteilungsrapporte, Kurse) aus- und weiterzubilden.

gemeinsam vereinbarten Folgeerlasse wie den Richtlinien über die Gliederungen und Sollbestände der ZSO, den Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse u.a. Wir sind auch der Auffassung, dass die Frage, welche Vorwarnzeit uns im konkreten Fall zur Verfügung stehen wird, heute nicht zum voraus beantwortet werden kann. Die Ausbildung der Schutzdienstpflichtigen zu einer Funktion und die Schulung der Leitungen und Formationen in den Wiederholungskursen hat deshalb heute in Friedenszeiten zu erfolgen, und zwar so, dass deren Operationalität innerhalb der für das Erstellen der Einsatzbereitschaft zum Aktivdienst vorgegebenen Frist gewährleistet ist. Derart geschulte und vorbereitete Angehörige von Zivilschutzorganisationen sind auch jederzeit in der Lage, wirksame Einsätze zur Katastrophen- und Nothilfe zu leisten. Die Zivilschutzorganisationen habe sich beiden gleichgewichteten Hauptaufgaben zu stellen. Generell ist nochmals zu betonen, dass die Zivilschutzgesetzgebung ein gesamtschweizerisch einheitliches Vorgehen bezweckt; dies gilt insbesondere auch für die Ausbildung, wobei uns klar ist, dass der Ausbildung derjenigen Elemente, die innert 1 Stunde sowie innert 6 Stunden für die Katastrophen- und Nothilfe zum Einsatz gelangen sollen, besondere Beachtung geschenkt werden muss.

Gemeinsamer für die ganze Schweiz gültiger Rahmen für die Ausbildung

Um eine einheitliche gesamtschweizerische Auffassung hinsichtlich der Interpretation der Ausbildungsartikel im Zivilschutzgesetz sicherstellen zu können, sollten wir uns einen gemeinsamen, für die gesamte Schweiz gültigen Rahmen geben, der dann aber auch von allen Kantonen eingehalten wird. Dieser Rahmen sollte unseres Erachtens folgende Grundsätze enthalten:

Art. 33 Einteilungsrapport

Die Schutzdienstpflichtigen **sind** im ersten Jahr ihrer Schutzdienstpflicht zu einem Einteilungsrapport von längstens einem Tag **aufzubieten**.

Art. 34 Einführungskurs

Neueingeteilte Angehörige einer Zivilschutzorganisation **bestehen grundsätzlich** einen Einführungskurs von längstens fünf Tagen.

Art. 35 Kaderkurse

¹ Kader **sind** für die Uebernahme jeder neuen Funktion in einem Kurs von längstens zwölf Tagen **auszubilden**. Diese Dienstleistung kann aufgeteilt werden.

² Kader bestehen grundsätzlich alle vier Jahre Weiterbildungskurse von längstens zwölf Tagen. Diese Dienstleistung kann aufgeteilt werden.

Art. 36 Wiederholungskurse

¹ Angehörige einer Zivilschutzorganisation können jedes Jahr zu Wiederholungskursen von zwei Tagen aufgeboden werden. Sie können zudem für die Absolvierung der in den vergangenen zwei sowie in den folgenden zwei Kalenderjahren nicht geleisteten oder zu leistenden Tage aufgeboden werden.

² Kader können jedes Jahr zusätzlich zu Dienstleistungen im folgenden Umfang aufgeboden werden:

- a. Chefs der Zivilschutzorganisationen, Sektorchefs und deren Stellvertreter sowie Dienstchefs für längstens 13 Tage;
- b. Quartierchefs, Blockchefs, Detachementschefs und deren Stellvertreter sowie Zugschefs und Rechnungsführer für längstens acht Tage;
- c. übrige Kader für längstens vier Tage.

³ Wiederholungskurse können aufgeteilt werden. Sie können tageweise oder verteilt auf mindestens je drei aufeinanderfolgende Stunden durchgeführt werden.

Foto 2.1

Foto 2.2

- Ausbildung zu einer Funktion

Alle zum Sollbestand gemäss Richtlinien über die Gliederungen und Sollbestände der ZSO zählenden Schutzdienstpflichtigen sind in die Grundausbildung einzubeziehen.

Es sollen dauernd mindestens 80 Prozent der zum Sollbestand zählenden Funktionen durch dafür ausgebildete Schutzdienstpflichtige besetzt sein.

- Wiederholungskurse

Die Steuerung der Wiederholungskurse obliegt den Kantonen. Die Schutzdienstpflichtigen sind nach deren Zielvorgaben zu schulen. Dabei geht es um die Anwendung des in der Ausbildung zu einer Funktion erworbenen Wissens und Könnens im Rahmen der eigenen Leitung oder der eigenen Formation.

- Hinweise zu den beiden Ausbildungsarten

In beiden erwähnten Ausbildungsarten sind die zeitlichen Vorgaben für den Einsatz zur Katastrophen- und Nothilfe sowie für den Aktivdienst angemessen zu berücksichtigen:

• für die Katastrophen- und Nothilfe:

- ausgewählte Elemente sind unmittelbar verfügbar, das heisst innert einer Stunde;
- weitere Teile sind später verfügbar, das heisst innert sechs Stunden;
- der Rest ist noch später verfügbar, das heisst innert 24 bis 36 Stunden.

• für den Aktivdienst:

- eine erste Schutzbereitschaft für die Bevölkerung ist innert zweier Tage (ab Auslösung des Gesamtaufgebotes) erstellt;
- eine vervollständigte Schutzbereitschaft für die Bevölkerung ist innert sechs Tagen (nach Auslösung des Gesamtaufgebotes) erstellt, und die Leitungen und Formationen sind einsatzbereit.

Der Inhalt dieses Rahmens entspricht dem System der Miliz, wonach die Grundausbildung für alle Funktionen sichergestellt und die Schutzdienstpflichtigen grundsätzlich in einem sinnvollen Rhythmus zu Wiederholungskursen aufgebildet werden. Das Aufgebot zu den Wiederholungskursen soll einerseits in Beurteilung des Stands der Ausbildung der Leitungen und Formationen mit Bezug auf den gesetzlichen Auftrag, andererseits - und dies gilt insbesondere für gewisse Funktionen - den didaktischen Notwendigkeiten entsprechend erfolgen. Nur so kann die für beide Hauptaufträge notwendige minimale Einsatzbereitschaft sichergestellt werden. ▣

Paul Thüring, directeur de l'OFPC, s'exprime sur la question de l'instruction

La ligne de conduite est clairement définie; elle doit être respectée

OFPC. A l'occasion du rapport fédéral des 27 et 28 avril 1995, organisé à l'intention des chefs des offices cantonaux responsables de la protection civile, Paul Thüring, directeur de l'Office fédéral de la protection civile, s'est exprimé sans ambages sur la question de l'importance et de la nécessité de l'instruction au sein de la protection civile. Ses déclarations revêtent un intérêt particulier pour toutes les personnes chargées de dispenser cette instruction, et notamment pour les responsables dans ce domaine. L'exposé de M. Thüring est donc publié ici in extenso.

Les conditions nécessaires à la mise en œuvre progressive de la nouvelle protection civile sont réalisées depuis le 1^{er} janvier 1995, tant en ce qui concerne les aspects juridiques et organisationnels que les exigences liées au matériel et à l'instruction.

Force est cependant de reconnaître que certaines divergences de vue sont apparues au sujet de l'exécution des mesures en matière d'instruction. En l'espèce, il importe de parvenir à une unité de doctrine sur tout le territoire de la Confédération. Les interprétations diverses de la législation en vigueur engendrent infailliblement non seulement des discussions à tous les échelons mais encore des critiques.

La raison et le but des services d'instruction tels qu'ils ont été définis

- Le rapport d'incorporation a pour but de faire connaître la protection civile aux personnes nouvellement astreintes à servir et à permettre leur incorporation en application du principe «la bonne personne à la bonne place».
- Les cours d'introduction, les cours de cadres et les cours de perfectionnement visent à préparer les personnes astreintes à l'exercice de leur fonction. Dans les instructions concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile (ICPC), qui revêtent un caractère obligatoire, la

Confédération fixe les différentes filières d'instruction ainsi que leur durée, y compris leur éventuel abrègement. Pour chaque filière d'instruction, la Confédération élabore en principe les documents didactiques et forme le personnel d'instruction requis.

Selon la fonction considérée, l'instruction proprement dite est organisée aux échelons Confédération, canton et commune, en application de la législation fédérale.

- Les cours de répétition servent avant tout à entraîner la collaboration au sein des formations ainsi qu'à l'entraînement des chefs à la conduite et au travail d'état-major. Il appartient aux cantons de définir les objectifs des cours de répétition et de veiller à ce que les buts



La législation sur la protection civile permet d'adopter une même ligne de conduite dans toute la Suisse; l'instruction s'inscrit notamment dans cet objectif.

fixés soient atteints. Ils supervisent leur préparation, leur organisation et leur évaluation.

Conjointement avec les constructions et le matériel, l'instruction sert à assurer l'état de préparation des organisations de protection civile en vue de leur engagement en cas de catastrophe et dans d'autres situations d'urgence ainsi qu'en cas de service actif.

En accord avec les cantons, l'OFPC a fixé les fonctions indispensables aux directions et aux formations compte tenu de la taille des organisations de protection civile des communes (OPC). Ces données sont consignées dans les directives concernant le fractionnement et les effectifs réglementaires des OPC (DFER) qui sont fondées sur la nouvelle loi (LPCi) et la nouvelle ordonnance sur la protection civile (OPCi). Ce faisant, nous avons sciemment évité de faire une distinction entre l'aide en cas de catastrophe et les secours urgents d'une part et l'engagement après une mise sur pied pour le service actif d'autre part. Les données figurant dans ces directives sont donc valables pour les deux types d'engagement. Dès lors, l'OFPC est d'avis que toutes les personnes nouvellement astreintes à servir doivent suivre le rapport d'incorporation et que toutes les personnes incorporées dans une organisation de protection civile doivent accomplir l'instruction de base et doivent être convoquées à des cours de répétition.

D'aucuns prétendent n'en faire qu'à leur guise

Certains préconisent qu'une partie des personnes astreintes à servir, qui ont suivi le rapport d'incorporation, ne reçoivent pas d'instruction de base ou ne soient pas convoquées à des cours de répétition.

- On renonce, en tout ou en partie, à la formation des responsables de la protection, en invoquant qu'en cas de catastrophe ou de secours urgents ces responsables ne seraient pas mis à contribution (les abris non plus?).
- On n'instruit et on ne convoque aux cours de répétition que les pionniers de sauvetage des sections de sauvetage équipées de l'assortiment complémentaire, en prétendant que seules de telles formations de sauvetage sont aptes à intervenir en cas de catastrophe ou à porter des secours urgents. Même non encore instruites, les personnes astreintes à servir pourraient en tout temps être convoquées pour fournir des renforts ou pour accomplir des travaux auxiliaires, vu que le maniement d'une pelle et d'une pioche ne doit pas être exercé (système des mille mains).

- Seule une partie du personnel du service sanitaire est instruit dès lors que les constructions du service sanitaire ne seraient utilisées que partiellement lors de catastrophes et de situations d'urgence. Ainsi serait-il possible de limiter l'instruction aux seuls membres du service sanitaire qui interviendraient effectivement lors d'une catastrophe.

En ce qui concerne les personnes astreintes à servir qui, à ce jour, sont seulement incorporées mais non formées en matière de protection civile, on déclare que l'instruction de ces personnes pourrait en tout temps être rattrapée avant le déclenchement d'un conflit armé, vu que l'on devrait pouvoir compter actuellement avec un temps d'alerte de plusieurs mois, voire d'une demi-année ou même davantage. Souvent, c'est la situation financière assez précaire qui explique les restrictions en matière d'instruction, en particulier en ce qui concerne l'organisation de cours de répétition.

Les dispositions légales sont claires

Nous ne saurions partager les arguments qui viennent d'être cités. Au contraire. Nous considérons que les dispositions claires de la législation doivent être respectées.

En ce qui concerne les rapports d'incorporation, les cours d'introduction ainsi que les cours destinés aux chefs et aux spécialistes, la loi sur la protection civile stipule, dans les articles 33 à 35, que les personnes astreintes doivent être convoquées, doivent avoir suivi le cours et doivent être instruites. La formulation «... effectuent en

principe un cours d'introduction...» signifie que des exceptions sont possibles, si la personne astreinte à servir possède des connaissances suffisantes acquises dans la vie civile ou au service militaire. Ceci est défini clairement dans le message relatif à la révision de la législation sur la protection civile. Les exceptions en question sont définies dans nos instructions concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile (ICPC) sous la notion de filières d'instruction abrégées.

Concernant les cours de répétition (art. 36 de la LPCi), le législateur a utilisé la formulation «...peuvent être convoqués chaque année à des cours de répétition de deux jours». De plus, l'article 39 de la LPCi stipule que le canton arrête les objectifs des cours de répétition et en supervise la préparation et l'exécution. Le terme *peuvent* ne signifie nullement que les communes sont libres de convoquer ou non les personnes astreintes à servir à des cours de répétition, bien au contraire. Au sens du message relatif à la révision de la législation sur la protection civile, les cours de répétition ont pour objectif l'instruction des directions et des formations, donc l'entraînement des formations. A travers cette disposition potestative, le législateur attribue aux cantons la plus grande souplesse possible concernant l'organisation des cours de répétition. Cela signifie, entre autres, qu'il n'est pas nécessaire de convoquer chaque personne astreinte à servir toutes les années pour accomplir deux jours de service, mais qu'il est possible de réunir les prestations de service de plusieurs années ou d'organiser plusieurs rapports de courte durée. Le fait de renoncer délibérément à convoquer des groupes

Art. 33 Rapport d'incorporation

Les personnes astreintes sont convoquées à un rapport d'incorporation d'un jour au plus dans l'année où débute leur obligation de servir.

Art. 34 Cours d'introduction

Les personnes nouvellement incorporées dans une organisation de protection civile effectuent en principe un cours d'introduction de cinq jours au plus.

Art. 35 Cours de cadres

¹Les cadres suivent un cours de douze jours au plus pour chaque nouvelle fonction. Ce service peut être fractionné.

²Les cadres suivent, en principe tous les quatre ans, un cours de perfectionnement de douze jours au plus. Ce service peut être fractionné.

Art. 36 Cours de répétition

¹Les membres d'une organisation de protection civile peuvent être convoqués chaque année à des cours de répétition de deux jours. Ils peuvent en outre être appelés à compenser les jours de service non accomplis durant les deux années civiles écoulées ou à effectuer les jours de service des deux années civiles suivantes.

²Les cadres peuvent en outre être convoqués chaque année à des services qui durent:

a. treize jours au plus pour les chefs des organisations de protection civile, les chefs de secteur ainsi que leurs suppléants et les chefs de service;

b. huit jours au plus pour les chefs de quartier, les chefs d'îlot, les chefs de détachement et leurs suppléants ainsi que les chefs de section et les comptables;

c. quatre jours au plus pour les autres cadres.

³Les cours de répétition peuvent être fractionnés. Ils peuvent être divisés en jours isolés ou en périodes d'une durée minimale de trois heures consécutives.

entiers de personnes astreintes aux services d'instruction de base et aux cours de répétition durant toute la durée de l'obligation de servir est contraire au sens et à l'esprit de la législation sur la protection civile ainsi qu'aux dispositions d'application y relatives que nous avons mises au point ensemble, notamment les directives concernant le fractionnement et les effectifs réglementaires des OPC, les instructions concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile. Nous sommes également de l'avis qu'il est

Il va sans dire que nous devons vouer une attention particulière à l'instruction des éléments qui, lors de catastrophes et de situations d'urgence, doivent être prêts à intervenir en l'espace d'une heure ou de six heures.

Une instruction efficace implique un cadre valable pour toute la Suisse

Pour parvenir à une interprétation uniforme des articles de loi relatifs à l'instruction, il est indispensable de définir un ca-

dre valable pour toute la Suisse et appliqué par tous les cantons. A notre avis, ledit cadre devrait réaffirmer les principes suivants:

– Formation à une fonction

Toutes les personnes astreintes à servir dont une organisation de protection civile a besoin pour constituer ses effectifs en application des directives concernant le fractionnement et les effectifs réglementaires des organisations de protection civile doivent recevoir l'instruction de base.

Quatre-vingts pour cent au moins des fonctions qu'impliquent les effectifs réglementaires doivent être assumés en permanence par des personnes bénéficiant d'une formation appropriée.

– Cours de répétition

Les cantons doivent superviser les cours de répétition. Les personnes as-

– Remarques concernant les deux types d'instruction évoqués

Les deux types d'instruction mentionnés doivent tenir compte du facteur temps et des délais prescrits en matière de préparation à l'intervention, qu'il s'agisse d'instruction relative à l'aide en cas de catastrophe et aux secours urgents, ou d'instruction concernant l'intervention en cas de service actif. Les délais de préparation à l'intervention sont les suivants:

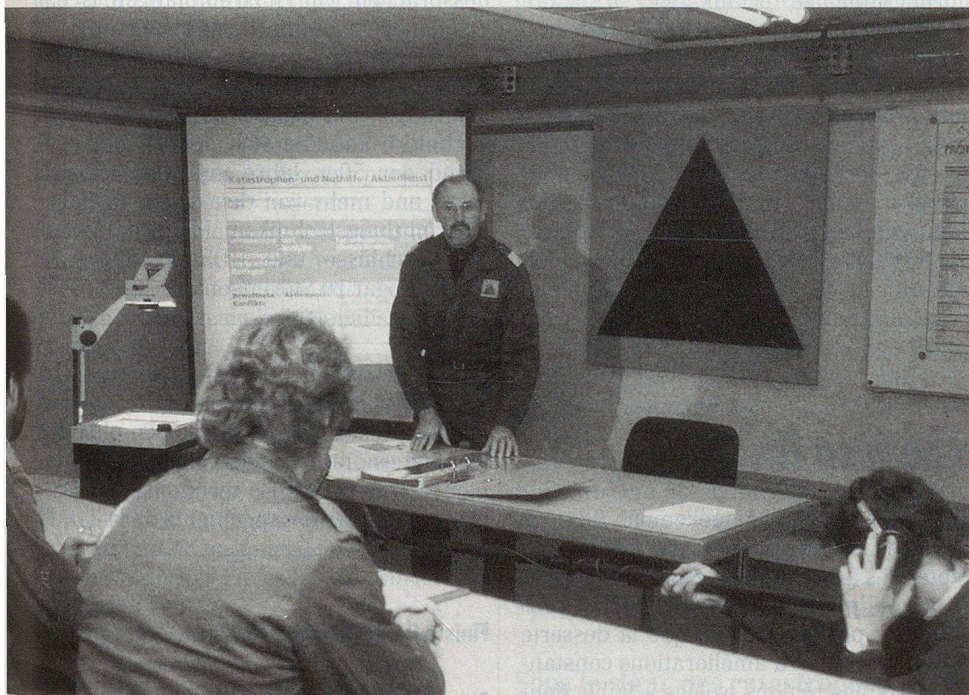
• Pour l'aide en cas de catastrophe et les secours urgents:

- Certains éléments doivent être immédiatement disponibles, c'est-à-dire dans l'heure qui suit l'événement dommageable.
- Six heures doivent suffire à la préparation à l'intervention d'autres éléments.
- De 24 à 36 heures peuvent être nécessaires pour préparer le reste des effectifs.

• En ce qui concerne le service actif:

- Dans les deux jours qui suivent l'ordre de mise sur pied générale, les mesures de protection de la population doivent être sommairement réalisées.
- Dans les six jours qui suivent l'ordre de mise sur pied générale, les mesures de protection de la population doivent être entièrement réalisées et les directions et formations prêtes à l'engagement.

Le contenu de ce cadre tient compte du système de milice qui implique une instruction de base pour toutes les fonctions et un approfondissement des connaissances de base lors des cours de répétition. Les cours de répétition doivent être organisés en fonction de l'appréciation du niveau d'instruction des directions et des formations, compte tenu de la mission fixée par le législateur et des besoins didactiques propres à certaines fonctions. Ce n'est que de cette manière que l'état minimal de préparation à l'intervention pourra être assuré au vu des deux missions principales qui incombent désormais à la protection civile. ▣



Conformément aux prescriptions de la Confédération et des cantons, les personnes astreintes à servir doivent être préparées à leurs tâches et pouvoir perfectionner leurs connaissances lors des services d'instruction (rapports d'incorporation, cours).

actuellement impossible de répondre aux questions liées au temps d'alerte en cas d'aggravation de la situation. L'instruction nécessaire à l'exercice d'une fonction donnée et l'entraînement des directions et des formations dans le cadre des cours de répétition doivent être assurés en temps de paix déjà. L'objectif est de garantir un état de préparation à l'intervention en cas de service actif dans les délais fixés à cet effet. Les membres ainsi instruits et entraînés des organisations de protection civile seront en tout temps à même d'agir efficacement lors de catastrophes et de situations d'urgence survenant en temps de paix. Les organisations de protection civile doivent accomplir les deux missions principales qui leur sont confiées et qui sont d'importance égale. De manière générale, il faut préciser que la législation sur la protection civile requiert une manière de procéder uniforme dans toute la Suisse; cela vaut en particulier pour l'instruction.

Am 31. Dezember 1997 ist Schluss:

Die Ära des Telefonrundspruchs geht zu Ende

srg. Am 3. Mai 1995 hat der Bundesrat beschlossen, die Radio- und Fernsehverordnung zu ändern und den Telefonrundspruch am 31. Dezember 1997 aufzuheben. Er folgte damit dem Antrag der Telecom PTT. Ausschlaggebend für die Aufhebung des monofonen Radios aus den 30er Jahren war nicht zuletzt die unaufhaltsam sinkende Teilnehmerzahl. Seit den 80er Jahren kündigen monatlich rund 1500 Hörerinnen und Hörer ihr Telefonrundsprache-Abonnement. Die unverhältnismässig hohen Unterhaltskosten führen zu einem jährlichen Defizit von 10 Millionen Franken.

Der TR ist bereits seit 1976 stark defizitär und muss aus dem Telecom-Ertrag gestützt werden. Diese Quersubventionie-

rung darf seit dem Inkrafttreten des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) und des Fernmeldegesetzes (FMG) nicht mehr weitergeführt werden. Weiteren Anlass, beim Bundesrat den TR-Ausstieg zu beantragen und sich auf die verstärkte Ausbreitung von UKW- und Kabelprogrammen zu konzentrieren, gab auch die veraltete und störungsanfällige Technik.

98 Prozent aller schweizerischen Haushalte werden heute bereits mit dem UKW-Netz und mehr als 75 Prozent via Kabelnetz erreicht. Obschon die UKW-Versorgung weiter verbessert wird, werden leider mit der Aufhebung des Telefonrundspruchs einige wenige dünnbesiedelte Randregionen aufgrund der radiotechnisch schwierigen Topographie benachteiligt sein. In diesen Fällen sucht die Tele-

com PTT gemeinsam mit den Betroffenen wirtschaftlich vertretbare Lösungen.

Weiter vorangetrieben wird die Verbreitung von DIGit Super Radio (DSR) auf den Kabelnetzen. Die Handhabung dieses Mediums ist genauso bequem wie der Telefonrundspruch. Via kombinierten UKW/DSR-Empfänger offeriert DIGit Super Radio 16 nationale und internationale Programme in CD-Qualität.

Der TR wurde 1931 eingeführt. Er basiert auf der Analogtechnik und verteilt sechs Programme vorwiegend in den drei Landessprachen. Um TR zu empfangen, ist ein Telefonanschluss im Hause zwingend.

Die TR-Technik war seinerzeit eine schweizerische Pionierleistung. Sie konnte allerdings im Ausland nie Fuss fassen. Technisch befindet sich der TR auf dem Stand der 50er Jahre und entfernt sich mehr und mehr von den neuen digitalen Übermittlungstechniken. Moderne SwissNet-Anschlüsse und HDSL-Technologien führen sogar zu Störungen des TR. ▣

C'est fini fin 1997:

L'ère de la télédiffusion touche à sa fin

Le 3 mai 1995, le Conseil fédéral a décidé de modifier l'ordonnance sur la radio et la télévision et de supprimer le système de la télédiffusion (TD) à partir du 31 décembre 1997. Il a ainsi donné suite à une demande de Télécom PTT. La suppression de la radio mono, qui date des années trente, n'est pas uniquement due à la baisse inexorable du nombre d'abonnés – depuis les années 80, quelque 1500 auditeurs résilient chaque mois leur abonnement – mais également aux frais d'entretien disproportionnés par rapport au nombre d'abonnés, frais qui provoquent un déficit annuel de 10 millions de francs.

Depuis 1976 déjà, la TD a entraîné des déficits de plus en plus lourds, ceux-ci devant être couverts par les bénéfices réalisés par Télécom PTT. Ce genre de subvention croisée n'est plus permis depuis l'entrée en vigueur de la loi sur la radio et la télévision (LRTV) et de la loi sur les télécommunications (LTC). Autre raison pour Télécom PTT de proposer au Conseil fédéral la suppression de la télédiffusion: comparée aux techniques numériques, la technique TD est aujourd'hui complètement dépassée. Télécom PTT peut ainsi concentrer ses efforts sur l'extension de la couverture des programmes de radio au moyen des ondes ultracourtes (OUC/FM) et

des réseaux câblés. Actuellement, 98 pour cent des ménages sont en mesure de capter les programmes OUC et 75 pour cent de la population reçoivent leurs programmes par câble. Bien que la desserte OUC fasse l'objet d'améliorations constantes, certaines régions isolées à faible densité de population seront défavorisées par la suppression de la TD, ceci en raison de leur topographie peu favorable à la technique radio. Dans ce genre de situations, Télécom PTT cherchera des solutions de rechange économiquement acceptables, en collaboration avec les abonnés TD concernés.

Une importance de plus en plus grande est accordée à la radio numérique DIGit Super Radio (DSR) diffusée par les réseaux câblés. L'utilisation de ce système est aussi simple que celle de la télédiffusion. DIGit Super Radio propose seize programmes nationaux et internationaux en qualité CD, et cela par le biais de récepteurs combinés FM/DSR.

La TD a été introduite en 1931. Elle se sert de la technique analogique et diffuse six programmes, principalement dans les trois langues nationales. Pour s'abonner à la TD, il faut impérativement disposer d'un raccordement téléphonique.

A l'époque, la technique de la TD constituait une exclusivité mondiale mise au point par des spécialistes suisses de la radiodiffusion. Malheureusement, elle n'a

jamais réussi à s'imposer à l'étranger. La TD se sert d'une technique qui date des années 50 et s'éloigne de plus en plus des techniques numériques. Les raccordements SwissNet et les technologies HDSL provoquent des dérangements de la TD. ▣

Finisce il 31 dicembre 1997:

La filodiffusione sarà abolita

La Società svizzera di radiotelevisione si allinea in linea di principio sui motivi che spingono il Consiglio federale ad abolire la filodiffusione a fine 1997, essendo ben disposta nei confronti di qualsiasi innovazione tecnica atta a migliorare la copertura dell'offerta. Per contro, la SSR ribadisce che l'abolizione della filodiffusione non deve, in nessun'area del paese, diminuire o limitare la diversità dei programmi radiofonici offerti al pubblico.

La filodiffusione è stata introdotta nel 1931. Avvalendosi della tecnica analogica essa diffonde 6 programmi, principalmente in tre lingue nazionali. Per abbonarsi alla filodiffusione è necessario disporre di un raccordo telefonico. Per sessant'anni, la filodiffusione, i cui programmi vengono prodotti dalla SSR su richiesta della Telecom PTT, è stata un esempio forte, e unico nel mondo, di una radio di servizio pubblico chiamata a fare da ponte in un paese multilingue e multiculturale. ▣

Sirenenalarm: Radio hören!

Eine im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) durchgeführte Repräsentativumfrage bestätigt die ausgezeichneten Kenntnisse der Bevölkerung über das richtige Verhalten beim Ertönen des Sirenenzeichens «Allgemeiner Alarm»: Mehr als drei Viertel aller Befragten antworteten richtig mit «Radio hören».

Im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) führte das GfS-Forschungsinstitut unter Projektleiter Claude Longchamp anfangs Juli 1995 bei 1006 Bürgerinnen und Bürgern aus allen Sprachregionen der Schweiz eine repräsentative Umfrage durch, um den Wissensstand der Bevölkerung über das richtige Verhalten nach Ertönen des Sirenenzeichens «Allgemeiner Alarm» (auf- und absteigender Ton) zu erfahren. Mit gesamthaft 78 Prozent richtigen Antworten bestätigt das Ergebnis der Umfrage die ausgezeichneten

Kenntnisse der Bevölkerung zum Verhalten bei Sirenenalarm. Der Projektleiter und Politikwissenschaftler Claude Longchamp bezeichnet das Umfrageergebnis als aussergewöhnlich. Ein so hoher Anteil richtiger Antworten könne angesichts der gewählten Fragestellung mit fünf Auswahlantworten als «geradezu sensationell» bezeichnet werden. Das Ergebnis lasse den Schluss zu, dass bei der Bevölkerung in dieser Frage das Wissen «korrekt und weit verbreitet» sei. Gleichzeitig bestätigt das Umfrageergebnis auch den hohen Wissensstand der Bevölkerung, wie er bereits in vom BZS veranlassten Umfragen 1991 und 1993 festgestellt werden konnte. Auf die Frage: «Wissen Sie, was Sie beim Ertönen des Sirenenzeichens «Allgemeiner Alarm» als erstes tun müssen?» standen fünf mögliche Antworten zur Auswahl. 78 Prozent aller Befragten entschieden sich richtig für die Verhaltensregel «Radio hören». Während in der Deutschschweiz

84 Prozent die richtige Antwort wählten, waren es in der Westschweiz 65 Prozent und im Tessin 63 Prozent. Lediglich 7 Prozent der Befragten meinten, sie müssten als erstes den Keller oder den Schutzraum aufsuchen, 4 Prozent hielten es für vorzuziehend, sich bei den Gemeindebehörden zu erkundigen, für je 3 Prozent war es das Wichtigste, sofort die Polizei anzurufen bzw. ins Freie zu gehen. 5 Prozent wussten keine Antwort.

Das Sirenenzeichen «Allgemeiner Alarm» (auf- und absteigender Ton) weist auf eine Gefährdung der Bevölkerung hin und fordert dazu auf, Radio zu hören. Sollten sich konkrete Schutzmassnahmen aufdrängen, werden diese von den Behörden über Radio mitgeteilt. Neben dem Sirenenzeichen «Allgemeiner Alarm» gibt es für bestimmte Gebiete noch weitere Alarmierungszeichen. Sie sind auf den hintersten Seiten jedes Telefonbuches im «Alarmierungsmerkblatt» erklärt.

*Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement,
Informations- und Pressedienst*

Le bon réflexe en cas d'alarme: écouter la radio!

Que faire lorsque retentit le signal de l'alarme générale? Plus des trois quarts des personnes interrogées lors d'un sondage réalisé pour le compte de l'Office fédéral de la protection civile (OFPC) ont répondu fort justement qu'il fallait écouter la radio. Ce résultat confirme que la population est bien informée du comportement à adopter en cas d'alarme.

Mandaté par l'Office fédéral de la protection civile (OFPC), l'Institut de recherches GfS a effectué sous la direction du politologue Claude Longchamp un sondage portant sur les connaissances de la population en ce qui concerne le comportement à adopter en cas d'alarme générale. Réalisé début juillet 1995 sur un échantillon représentatif de 1006 personnes appartenant aux différentes régions linguistiques du

pays, ce sondage confirme, avec 78 pour cent de réponses correctes, que la majeure partie de la population sait comment réagir en cas d'alarme générale. Claude Longchamp qualifie ce résultat d'exceptionnel, voire de sensationnel, si l'on considère qu'il y avait cinq réponses à choix. Selon lui, on peut en déduire que, sur ce point, la population est correctement et largement informée. Ce résultat confirme ceux qui ont été obtenus lors de sondages semblables réalisés en 1991 et 1993 à la demande de l'OFPC.

A la question «Savez-vous ce que vous devez faire en premier lorsque le signal de l'alarme générale retentit?», 78 pour cent des personnes interrogées ont en effet répondu qu'il fallait écouter la radio. En Suisse alémanique, la proportion des bonnes réponses atteint 84 pour cent, tandis qu'elle est de 65 pour cent en Suisse ro-

mande et de 63 pour cent au Tessin. Seules 7 pour cent des personnes interrogées ont choisi la solution consistant à gagner une cave ou un abri, 4 pour cent ont pensé qu'il fallait d'abord se renseigner auprès des autorités communales et 3 pour cent ont estimé impératif d'appeler la police ou de se rendre à l'extérieur des bâtiments. Enfin, 5 pour cent des personnes interrogées n'avaient pas de réponse.

Le signal d'alarme générale (son oscillant continu) retentit lorsqu'un danger menace la population; il faut alors se mettre à l'écoute de la radio. Celle-ci diffuse les consignes des autorités lorsque des mesures de protection s'imposent. En plus de l'alarme générale, certaines régions connaissent d'autres signaux d'alarme. Des explications plus détaillées à ce sujet figurent à la fin de chaque annuaire téléphonique, sur la page intitulée «Alarme de la population en cas de danger».

*Département fédéral de justice et police,
Service d'information et de presse*

Erratum

zu «Zivilschutz» 7-8/95, Seite 34:

Die gesetzlichen Vorgaben sind klar

BZS. Leider hat sich in den Bericht über den Vollzug der Ausbildung im neuen Zivilschutz ein sinnstörender Fehler eingeschlichen. Selbstverständlich sind die gesetzlichen Vorgaben klar, nach denen auszubilden ist. Wir bitten Sie, den Druckfehler zu entschuldigen. ▣